

Jour fixe vom 15.06.2026:

Das auserwählte amerikanische Volk holt sich seine Hemisphäre zurück (GS 1-26)

Unter der Überschrift „**Krieg – was denn sonst**“ (S. 59) werden im Artikel mehrere Eskalationsschritte Trumps charakterisiert. Welcher Logik folgen diese?

5 — *Venezuela ist so ein Fall, an dem Trump ein Exempel statuiert zur Klarstellung der Ansprüche der USA an ihren Hinterhof. Er macht klar, dass es auf die Souveränität eines Staates nicht ankommt: Maduro wird nicht als Staatsmann, sondern als Verbrecher behandelt, Venezuelas Öl gehört den USA. Zugleich ist ein Gewalteinsetz notwendig, es werden sogar Flugzeugträger gegen Drogenschiffe geschickt. Allerdings ist auch eine*
10 *Aberkennung der Souveränität noch ein Bezug auf Souveränität. Das sieht Trump als Widerspruch. Diesen will er per Gewalt ausräumen, dazu setzt er Krieg auf die Tagesordnung. Die westliche Presse handelt das so ab: Da schießt jemand mit Kanonen auf Spatzen, das sei unverhältnismäßig. Dabei will Trump mit genau dieser Eskalation die Souveränität Venezuelas erledigen.*

15 Der militärische Aufmarsch der USA nimmt nicht an bestimmten Kriegszwecken maß, sondern soll vor allem Eindruck machen. Er soll die US-Überlegenheit und eben auch den rücksichtslosen Durchsetzungswillen der USA jedem Souverän in Lateinamerika vor Augen führen, also die Freiheit Trumps beweisen, US-amerikanischen Interessen jederzeit
20 *Unverhältnismäßigkeit* machtvoll Geltung verschaffen zu können. Die hier übliche Kritik der *Unverhältnismäßigkeit* nimmt diesen Zweck nicht zur Kenntnis.

— *Die zynischen Bemerkungen Trumps über die betroffenen Fischer und zur Verwendung des venezolanischen Öls drücken die Freiheit der USA im Umgang mit der Souveränität anderer Staaten aus.*

25 Einerseits wird die absolute Überlegenheit der amerikanischen Macht mit ihren militärischen Mitteln demonstriert, diese Überlegenheit also unterstellt. Andererseits hält es Trump für nötig, diese praktisch zu beweisen, also zu beweisen, dass sich kein Souverän gegen die USA behaupten kann. Maduro war damit fällig, trotz all seiner Verhandlungsbereitschaft.

30 Dafür wurde Maduros Entmachtung als Entführung inszeniert durch das „mit Abstand stärkste und gefürchtetste Militär, eine überaus erfolgreiche Aktion“ (Trump). Indem die USA das als eine Strafverfolgungsmaßnahme durchführen, stellen sie sich als letzte zuständige Instanz über venezolanisches Recht. Sie erledigen die Festnahme, bringen Maduro vor Gericht und lassen ihn dort schuldig sprechen. Trump entscheidet, ob ein Staatsmann ein solcher ist oder ein Verbrecher, der vor ein amerikanisches Gericht gehört.

35 Die venezolanische Souveränität gilt nichts.

— *In dieser Demonstration ihrer unzweifelhaft vorhandenen Überlegenheit steckt der Anspruch auf Unterwerfung der anderen Souveräne. Dass die keine Alternative dazu haben, soll der kriegerische Akt beweisen.*

40 Die Ansage der USA, dass es in ihrem Ermessen liege, zu definieren, worin die Souveränität anderer Staaten besteht, wie sie zu betätigen ist und wie weit sie reicht, ist ein sehr grundsätzlicher und weitreichender Anspruch. Dem will Trump so einerseits Wirksamkeit verleihen. Andererseits behauptet er, die Überlegenheit der USA sei so unzweifelhaft, dass sich andere Souveräne so oder so unterordnen müssten, es einer solchen Machtdemonstration also gar nicht bedürfe. Dieser Widerspruch wird hier benannt: Diese
45 *Machtdemonstration* wird so exekutiert, dass klar ist, dass Widerstand dagegen überflüssig, weil aussichtslos ist.

50 — *Den Souveränen dieser imperialistischen Welt muss mit einem solchen Exempel immer mal wieder klar gemacht werden, dass die Überlegenheit der USA nicht infrage gestellt werden darf. So gehen die USA mit unbotmäßigen Souveränen um – in völlig freier Entscheidung.*

*

An Maduro haben die USA überlegen vorgeführt, dass sie eine Herrschaft beseitigen können, ohne sie als eine Herrschaft zu bekämpfen: Die Herrscher werden einfach zu Verbrechern deklariert, verhaftet und abgeführt. Die Weltöffentlichkeit war danach ziemlich verwundert, wie Trump mit der Oppositionspolitikerin Machado umgegangen ist. In **Punkt III** ist Gegenstand, was er mit Venezuela vorhat.

— *Die Vorstellung der Öffentlichkeit war, dass auf den kommunistischen Gewaltherrscher eine demokratische Politikerin folgt und ein Regimechange stattfindet. Trump stellte klar, dass höhere Werte oder ein Systemwechsel nicht sein Zweck sind: Er wolle nicht, wie im Irak, die Gewaltstrukturen zerstören, was dort zu Chaos und zur Herrschaft des IS geführt habe. Die vorhandene Gewaltstruktur soll erhalten bleiben, wenn sie die Zuständigkeit und Überlegenheit der USA anerkennt und sich unterwirft.*

Trump will sich nicht auf die richtige Gesinnung Machados verlassen. Er setzt darauf, dass Maduros bisherige Stellvertreterin Rodriguez das Land unter Kontrolle hat und sich als Befehlsempfängerin der USA erweist. Das ist das Einzige, worauf es Trump ankommt: Er braucht die Kontrolle über das Land und dessen Unterwerfung unter seine Richtlinienkompetenz.

— *Er drückt das so aus, dass diese neue Regierungschefin nur das Richtige tun müsse. Und es stimmt ja: Die bisherige Herrschaft hat im Gegensatz zu Machado einen Zugriff auf Verwaltung, Polizei, Militär Venezuelas. Spielt es für Trump auch eine Rolle, dass das Volk bislang hinter der bisherigen Herrschaft steht?*

— *Wichtig ist für ihn nur, dass die Regierung tut, was Trump will. So haben z.B. gerade US-Drogenfahnder in Venezuela einen „Drogenboss“ hingerichtet mit konstruktiver Beteiligung der venezolanischen Regierung.*

— *Trump hat dabei nichts von Mehrheitsverhältnissen im Volk abhängig gemacht. Seine Entscheidung, die bisherige Herrschaft an der Macht zu lassen, hat nichts Defensives. Sie ist Ausdruck der Suprematie ganz im Sinne des MAGA-Imperialismus. Die USA sparen sich die Kosten an Material und Leben für einen Regimechange, solange die Regierung Rodriguez die erteilten Aufträge abarbeitet.*

Schon die Tatsache, dass sie die Kontrolle über das Land hat, qualifiziert sie als Auftragnehmerin Trumps, solange er sich dazu bekennt. Dass das Volk größtenteils hinter der Regierung, zunächst hinter Chavez, später hinter Maduro, gestanden ist, hat auch bisherige US-Regierungen nicht dazu veranlasst, von ihrer Feindschaft Abstand zu nehmen. Die in Venezuela verfolgte Politik hat gestört und hat daher beseitigt werden müssen. Für Trump gilt nun: Solange sich die Regierung der bisherigen Vize-Chefin als funktionierender Machtapparat bewährt und inhaltlich nicht an der alten Politik festhält, sondern Trumps Vorgaben folgt, ist sie brauchbar und wird benutzt.

— *In Kuba ist Trumps Haltung prinzipieller: Das Land ist am Ende und das Embargo und alle Verschärfungen sorgen dafür, dass das auch kräftig spürbar wird. Da will Trump die kommunistische Regierung Kubas, die noch fest im Sattel sitzt und doch auch ein funktionierender Machtapparat ist, beseitigen.*

Wenn Trump mit Venezuela anders verfährt, ist das kein Hinweis auf einen Widerspruch, den sich Trump leisten würde, sondern ein Beispiel für die Freiheit, die Trump sich bei seinem Machtgebrauch herausnimmt.

— *Eine Art Launenhaftigkeit, ein Vorgehen ohne feste Kriterium gibt es schon. Mit dem einen Land verfährt er so, mit dem anderen anders.*

In der Sache behandelt er Kuba analog zu Venezuela: Das missliebige Regime muss beseitigt werden. Für diesen Zweck verfügen die USA über diverse Mittel, unterstellt ist immer ihre militärische Überlegenheit. Aktuell greifen sie Kuba durch eine absolute Ölblockade massiv an. Die entsetzlichen Auswirkungen auf Land und Leute kann man in den Zeitungen nachlesen, Kuba bricht unter dieser Blockade zusammen. Ob sie schließlich, um sich dieses Landes zu bemächtigen, auch noch ihr Militär einsetzen, ist nicht

notwendigerweise gesagt. Auch gegenüber Kuba gibt es eine Anklage gegen führende Politiker, die in den USA vor Gericht gestellt werden sollen. Zudem sind die USA mit einem alternativen kubanischen Politiker darüber im Gespräch, wie es nach der Kapitulation des Staates weitergehen soll. Trump hält sich seine Vorgehensweise jeweils offen, mal bevorzugt er die ökonomische Strangulierung, mal die Einstufung von Politikern als Verbrecher oder beides, mal die Eröffnung einer Perspektive für eine im amerikanischen Sinn willfährige Führung.

110 Das ist auch den Zitaten Trumps zu Kuba zu entnehmen (S. 66): „*Die stehen vor dem Aus.*“ „*Macht einen Deal, bevor es zu spät ist.*“ So nutzt er sein Vorgehen in Venezuela als Demonstration und teilt Kuba mit, dass es demnächst an der Reihe sei und besser kapitulieren solle. Wie diese Eskalation weitergeht, wird man sehen.

— *Trump übt immer wieder diese Art „Systemkritik“, z.B. im Frühjahr gegen den Iran. Wenn er ein Regime als unmenschlich und undemokratisch kritisiert, dann tut er das nicht wirklich im systemkritischen Sinn, sondern um dem Souverän des jeweiligen Landes dessen Recht auf Behauptung und auf eine Gegnerschaft zu den USA abzusprechen.*

115 — *Die von Trump geforderte Kapitulation dieser Staaten besteht darin, sich von den USA alles aufherrschen zu lassen, alle ökonomischen Forderungen zu erfüllen und US-Geschäft ins Land lassen, so wie es Trump verlangt. Dieses Vorgehen ist, trotz aller Varianten, identisch.*

— *Kuba war von Anfang an amerikanischen Sanktionen unterworfen, es wurde immer ökonomisch stranguliert und war bis zuletzt von venezolanischen Öllieferungen abhängig, die jetzt wegfallen. Das Land ist inzwischen wie eine kaputte Frucht, frei zum Abschuss für die USA. Insofern muss Amerika nicht mehr viel unternehmen, außer mit dem nächsten Herrschaftspersonal in diplomatische Verhandlungen zu treten, wie die Regierung ab jetzt im US-Sinne funktionieren könnte. Eine Besonderheit Kubas ist, das es immer schon abhängig war von sympathisierenden Unterstützern wie Russland, Venezuela oder Nicaragua. Das hat sich alles erledigt. Kuba ist als Ergebnis der jahrzehntelangen US-Repressionen als Staat nicht mehr in der Lage, sich zu reproduzieren.*

125 Zurück zu Venezuela, zur venezolanischen Ölindustrie.

— *Wenn Trump das Öl Venezuelas als Öl Amerikas bezeichnet, bedeutet das nicht, dass das Öl die Ölgesellschaften der USA bekommen. Trump sagt, das Öl gehöre dem amerikanischen Staat, der verfüge nun darüber. Da kommen die Ansprüche der US-Firmen auf Kompensation für die frühere Enteignung durch Venezuela nicht vor. Trump sieht vor, dass der amerikanische Staat die Lizenzen für die Ölförderung vergibt, die Erlöse auf ein Konto in Katar fließen und die US Regierung darüber bestimmt, was damit passiert.*

Die natürlichen Ressourcen sind die wesentliche Einkommensquelle des venezolanischen Staates, indem er Lizenzen für die Förderung und den Verkauf des Rohstoffes erteilt und daran verdient. Auch durch die Förderung des Öls durch eigene, staatliche Ölkonzerne verdient Venezuela daran. Die Verfügung über die Bodenschätze in diesem Land, insbesondere über die Ölvorräte, war und ist ein wesentliches Moment der Souveränität Venezuelas. Auf diese Weise hat es sich eine ökonomische Basis verschafft. Trump bestimmt jetzt, dass diese souveräne Verfügung an die USA übergeht, die künftig darüber entscheiden, wie mit den Bodenschätzen in diesem Land verfahren wird, wem welche Lizenz unter welchen Bedingungen erteilt wird. An Kuba haben z.B. keine Öllieferungen mehr zu erfolgen. Auch über den Gebrauch der Erlöse entscheiden die USA. Auch unter Trump soll also die Ölindustrie die hauptsächliche ökonomische Grundlage Venezuelas sein. Sie produziert dann unter seiner Regie und er teilt der Regierung Haushaltsmittel aus diesem Geschäft zu, übernimmt praktisch die Hoheit über den venezolanischen Staatshaushalt.

145 — *Insofern ist das eine Souveränität neuen Typs: Der venezolanische Staat bekommt seine Souveränität nur noch formell zugestanden, die materielle Selbstbehauptung geht ganz und gar alimentiert und betreut durch die USA vonstatten.*

— Wird das nicht im Irak genauso gehandhabt, dass die USA die Erlöse aus dem
155 Ölverkauf verwalten und dem irakischen Haushalt ein bestimmtes Budget zur Verfügung
stellen?

Auch im Irak hat die amerikanische Regierung dafür gesorgt, dass vor allem amerikanische
Konzerne Lizenzen für die Öl- oder Gasförderung bekommen haben, dass das also eine
Geschäftssphäre für amerikanisches Kapital ist. Und die Erlöse aus dem Geschäft landen
160 erst einmal auf amerikanischen Konten. Das ermöglicht der amerikanischen Regierung,
Einfluss zu nehmen, die irakische Regierung zu erpressen, indem sie die Auszahlung oder
Weiterleitung dieser Gelder an Bedingungen knüpft oder verhindert. Die Situation beider
Länder hat viel Ähnlichkeit, nur dass das im Irak formell nicht als Übernahme der Ölfelder
vonstatten gegangen ist. Bemerkenswert bei Venezuela ist, mit welcher
165 Selbstverständlichkeit und Direktheit die Verfügung über die Bodenschätze dieses Landes
durch die amerikanische Regierung wahrgemacht wird. Das bringt diese Souveränität neuen
Typs hervor: Formell sind die Bodenschätze Eigentum Venezuelas; was das bedeutet und
wer darüber verfügt, liegt aber ganz auf Seiten der USA.

— *Trumps Vorhaben und die Interessen der Erdölindustrie sind allerdings nicht identisch,
170 das zeigt sich unter anderem an der Beschwerde der Ölkonzerne über die venezolanische
Erdölqualität.*

Sie fangen nicht an, begeistert zu investieren, wie ihnen Trump das aufträgt. Allerdings sind
deren Verlautbarungen über die schwierige Ölqualität Venezuelas nicht die ganze Wahrheit
über deren Geschäftskalkulationen. Sie haben dieses Öl früher durchaus gefördert, es gibt
175 etliche große Raffinerien in den USA, die spezialisiert sind auf diese Sorte Ölqualität und
umgekehrt beklagt haben, dass es ihnen infolge der gegen Venezuela verhängten Sanktionen
nicht mehr zur Verfügung gestanden ist. Wenn sie das nun nicht einfach wieder für lohnend
befinden, liegt das an den von ihnen benannten nicht ausreichenden politischen und
ökonomischen Sicherheiten für „Investitionen in dreistelliger Milliardenhöhe“ (Zitat S. 65
180 u.), die sie für nötig halten. Trump dagegen besteht auf seinem politischen Auftrag an sie.
Aber warum ist es Trump so wichtig, dass die Zukunft der venezolanischen Ölindustrie in
Händen der amerikanischen Ölkonzerne liegt?

— *Ihm geht es darum, unliebsame auswärtige Souveräne wie China und Russland und
womöglich auch europäische Länder wie Spanien, das Sonderbeziehungen zu Venezuela
185 hatte, fernzuhalten. Maduro hatte deshalb sogar zugesagt, Verträge mit diesen Staaten zu
kündigen. Zudem will Trump den bisherigen Ölförderländern wie Russland und den
arabischen Ölstaaten deren Erpressungsmittel aus der Hand nehmen.*

Es geht also nicht einfach darum, dem amerikanischen Kapital ein lohnendes Geschäft mit
venezolanischem Öl zu ermöglichen. An deren Geschäfte stellt Trump den viel
weitergehenden und grundsätzlicheren Anspruch, dass dadurch die politische Sachlage
geschaffen wird, in der Amerika darüber *entscheidet*, wem das Öl zugute kommt und wem
nicht. So verschaffen sich die USA einen Hebel zur Einflussnahme und Erpressung
gegenüber anderen Staaten, um in deren Energieversorgung hineinzuregieren, wenn sie erst
einmal von venezolanischem Öl abhängig sind. Das ist der politische Auftrag an die
195 amerikanischen Ölkonzerne, an dem sich der Chef der Firma Exxon mit seinem Vorbehalt,
dort zu investieren, in Trumps Augen vergangen hat.

— *Stellt sich die Frage, welche Mittel Trump in Anschlag bringen will, um die Konzerne
zur Erfüllung seines politischen Auftrages zu bringen. Deren Kriterium ist allein, ob sich ein
Geschäft lohnt. Er müsste ihnen also ein Angebot machen.*

200 — *Zunächst ist der Widerwille der amerikanischen Kapitalisten zu würdigen. Der Chef
von Exxon vergleicht Trumps Anspruch an ihn mit der Enteignung im Jahr 2007 durch
Chavez. Er kennzeichnet damit den Anspruch Trumps als Gewaltakt, der den
Geschäftsinteressen seines Konzerns zuwiderläuft.*

205 Der Exxon-Chef drückt damit aus, dass ihm die politischen Rahmenbedingungen so noch nicht ausreichen; das ist ihm in Venezuela alles noch viel zu unsicher für so gewaltige Investitionen, wie sie dort erst einmal nötig sind, damit das ein Geschäft wird.

— *Man muss das nochmal grundsätzlich fassen. Dem früheren Ölstaat Venezuela wurde durch Trump, nach der Enthauptung seiner Souveränität, die ökonomische Grundlage entzogen. Der Staat verfügt nicht mehr über seine alte Revenuequelle, es ist nicht mehr sein*
210 *Öl. Künftig soll Venezuela alimentiert werden aus Öl-Einkünften, die amerikanische Ölkonzerne dort erwirtschaften. Trumps Interessen und die dieser Konzerne sind aber nicht identisch. Es muss erst über deren Investitionsbereitschaft und über eine mögliche staatliche Unterstützung dabei verhandelt werden. Das Entscheidende ist, dass Trump den Zugriff auf*
215 *Venezuela will und seine Ölkapitale das ökonomisch komplettieren sollen, was er politisch schon durchgesetzt hat, indem er Venezuela eine ganz neue ökonomische Grundlage verschafft hat. Venezuela wird jetzt alimentiert aus dem, was ihm früher gehört hat.*

Das amerikanische Ölkapital soll Trumps Anspruch in die Tat umsetzen, indem es sich diesen als Geschäftsgelegenheit zu eigen macht. Dazu stellen sich die Ölkonzerne unterschiedlich: Exxon lehnt erst einmal ab, andere zeigen Interesse, nicht nur das
220 beschlagnahmte Öl auf den Markt zu bringen, sondern auch in die dortige Ölindustrie einzusteigen. Wenn deren Kalkulationen nicht im Sinn vom Trumps Vorhaben ausfallen, werden sie entsprechend beschimpft, Trump gerät dadurch aber nicht in Not.

— *Das Neue an dem Verhältnis zwischen dem Staat und all diesen Ölkonzernen ist, dass sie dem politischen Auftrag untergeordnet werden. Die einen sehen das als ihren Vorteil, die*
225 *anderen versuchen erst, einen Vorteil für sich daraus herauszuholen.*

— *Für die einen spricht es offenbar für eine Geschäftsgelegenheit, wenn der politische Auftrag an sie dem amerikanischen Staat so wichtig ist. Dann wird er schon für entsprechende Geschäftsbedingungen sorgen.*

— *Die andere Seite besteht darin, dass Trump das Ölgeschäft als Waffe benutzen will und damit ökonomische Kalkulationen der Ölkonzerne erst einmal relativiert.*
230

— *Es gibt wohl auch große Defizite bei der Modernisierung dieser Förderanlagen, sodass es für die Ölindustrie fraglich ist, ob sich der Weltmarktpreis für Rohöl so entwickelt, dass Investitionen für sie zum Geschäft werden. Das kann Trump nicht politisch aushebeln.*

— *Marode Anlagen sind kein technisches Problem, sondern ein wirtschaftliches. Inzwischen sind größere Investitionen notwendig, um das Öl wieder geschäftsfähig zu*
235 *machen. Für Trump zählt das alles nichts, denn sein Argument ist, dass es sich um gigantische Ölvorkommen handelt, die als ökonomisch-strategischer Hebel gegen andere Staaten dienen können.*

Der Niedergang der venezolanischen Ölindustrie in den letzten Jahrzehnten verdankt sich
240 zuvörderst den Sanktionen und Boykottmaßnahmen der verschiedenen US-Regierungen gegen Venezuela, so dass die Öleinnahmen geschrumpft sind und damit auch kein Geld mehr für Investitionen da war. Zugleich ist der Ölpreis zwischenzeitlich immer wieder verfallen. Jetzt soll venezolanisches Öl wieder auf den Weltmarkt gebracht werden, um als Mittel der amerikanischen Beherrschung des Weltenergiemarkts zu taugen. Damit andere
245 Nation erpressen zu können, ist der staatliche Gesichtspunkt. Der will von den amerikanischen Ölkapitalisten Investitionen in diese Sphäre und öffnet ihnen dafür per Gewalt dieses Land, das ist das politische Angebot an sie. Inwieweit oder unter welchen Bedingungen die auf dieses Angebot einsteigen, dazu wurden verschiedene Gesichtspunkte benannt, die man nicht gegeneinander halten sollte. Wie das ausgeht, wird man sehen.
250 Aktuell beispielsweise ergeben sich aufgrund dessen, dass die Ölexporte aus dem Nahen Osten drastisch eingebrochen und die Ölpreise entsprechend gestiegen sind, neue Kalkulationsgrundlagen für die Ölkonzerne, die man aber denen überlassen kann.

*

255 Im **Punkt IV** (S. 66) wird erklärt, wie die USA das Exempel, das sie mit Venezuela
veranstaltet haben, nutzbar machen und benutzen als Hebel in Bezug auf andere Staaten in
Lateinamerika, z.B. Kuba, Kolumbien, Mexiko und Nicaragua. Das Exempel betrifft aber
auch ganz andere Regionen.

260 — *Bei Trumps Anspruch auf Grönland hat die bürgerliche Öffentlichkeit daran
herumgerätselt, worum es ihm eigentlich gehe, um mehr Ausbeutung dortiger Rohstoffe
oder um mehr militärische US-Präsenz, um Russland und China abzuschrecken. Diese
Überlegungen gehen am entscheidenden Punkt vorbei, dem grundsätzlichen Anspruch
Trump, der offen sagt, mit dem Pachten von Militärstützpunkten nicht mehr zufrieden zu
sein (S. 68). Trump will sich eben nicht festlegen lassen auf einen bestimmten konkreten
Nutzen, er will die freie Verfügungsmacht haben. Nur darin sieht er die amerikanische
Größe gewahrt.*

Wenn Trump Eigentum sagt, denkt er eigentlich an politische Hoheit. Er macht da keinen
Unterschied.

270 — *Eigentum oder auch politische Hoheit über Grönland stellt sich Trump so vor, dass er
sich nicht mehr mit Dänemark ins Benehmen setzen muss, wenn Amerika auf diesem Stück
Land präsent sein will – ob bei der Ausweitung bestehender US-Stützpunkte oder bei der
Stationierung von mehr Waffen im Land. In keinem Fall will er sich noch mit den
europäischen Staaten absprechen müssen. Er will sich nicht abhängig machen von der
bestehenden Allianz, weswegen auch Gegenvorschläge und Angebote der Europäer ins
Leere gelaufen sind.*

275 — *Wenn er darauf besteht, dass es um die freie Verfügungsmacht geht, ohne Absprache
mit den europäischen Verbündeten, stellt sich die Frage, warum er den Anspruch auf
Grönland zwar nicht aufgegeben, aber zunächst davon Abstand genommen hat. Will er den
endgültigen Bruch mit der NATO nicht vollziehen? Das würde er ja tun, würde er sich am
Besitz eines NATO-Landes vergreifen.*

280 Festzuhalten ist, wie Trump die NATO aktuell sieht: nicht als ein Bündnis gleichberechtigter
Bündnismitglieder, sondern als Verhältnis der amerikanischen Führungsmacht zu 26
Nationen, die sich ihr unterordnen und von ihr führen lassen. Wie absolut er diesen
Anspruch stellt, dass die stärkste Macht im Bündnis zu bestimmen hat, dafür ist Grönland
ein Beispiel.

285 — *Die Europäer fragen sich doch umgekehrt, welchen Nutzen die NATO für sie noch hat,
wenn auf ihre Belange in keiner Weise Rücksicht genommen wird und sie nur
Erfüllungsgehilfen sein sollen für das, was Trump verordnet. Was haben sie noch für einen
Vorteil, wenn Trump ihnen demonstriert, dass ihre Belange nicht nur nicht zählen, wenn sie
Russland zu sehr herausfordern, sondern auch, wenn sie in Bezug auf Grönland nichts zu
melden haben?*

— *Die europäischen NATO-Mitglieder versuchen es bei Trump mit einer Mischung aus
Einschleimen, Beschwichtigen und Angebote machen. Zugleich gehen sie ihren eigenen,
auch militärisch-imperialistischen Aufwuchs an, um diese von ihnen inzwischen als störend
erfahrene Abhängigkeit zu reduzieren.*

295 — *Es ist ja nicht so, dass Trump einfach sagt, ihre Stimme in der NATO gelte nichts. Das
Bündnis wird von ihm immer noch anerkannt als ein Bündnis von Staaten, die souverän
ihren Dienst an den amerikanischen Interessen zum Inhalt ihrer Staatsräson machen sollen.
Das eröffnet bei denen ein Feld von Kalkulationen, wie weit sie darin ihr eigenes Interesse
durchsetzen können. Das ist nicht einfach eine Kündigung in dem Sinn, dass sie vollständig
abgemeldet sind.*

300 Es kommt ja vor im Artikel: Der substanziellere Fall ist die Ukraine. Der Grund für die
Europäer, auf dem transatlantischen Bündnis zu bestehen, ist, dass sie dort nach wie vor den
Rückhalt der USA beanspruchen können wollen, weil sie ihn brauchen.

Von Seiten Trumps wird an der Stelle deutlich, dass es gerade nicht einfach eine Absage an

305 die NATO ist, sondern eine Klarstellung bezüglich dessen, wie er die NATO sieht und als
was er die NATO haben will. Er will sie durchaus als eine Militärallianz mit Verbündeten,
die einen Beitrag zur militärischen Stärke der USA in aller Welt leisten können und sollen.
Aber das in einer Weise, die nichts zu tun hat mit einem wechselseitigem Angewiesensein
oder mit gegenseitiger Abhängigkeit. Grundlage ist die absolute Überlegenheit der USA und
310 ein geklärtes Gewaltverhältnis, dass nämlich die USA die bestimmende Macht im Bündnis
sind. Dieses Verhältnis zur NATO wird gerade am Fall Grönland explizit, denn hier stellt
Trump klar: Wir wollen mit unseren Verbündeten keinen Krieg führen, sie sollen einfach
anerkennen und sich freiwillig damit einverstanden erklären, dass wir die Oberhoheit über
Grönland übernehmen. Diesen Anspruch durchzufechten würde allerdings bedeuten, dass er
315 die Gefolgschaft der anderen NATO-Mächte im Bündnis in Frage stellen würde. Diese Sorte
Konfrontation hat Trump bislang nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Den Anspruch aber
hält er aufrecht.

— *Trump hat das so ausgedrückt: Über Jahrzehnte stellten die 26 Verbündeten Ansprüche an die USA bezüglich ihrer Sicherheit und jetzt verlange ich mal ein Stück Eis. Damit sagt er, ihr seid schlechte Verbündete, nutzt uns aus, gebt aber selbst nichts her.*

320 So tritt er auf und stellt klar, dass er das als sein selbstverständliches Recht und eine nicht zu hinterfragende, also von seinen Verbündeten unbedingt zu erfüllende Angelegenheit versteht. Wieso soll ausgerechnet Dänemark die Insel haben? Korrekt wäre es, dass Amerika sich dieses Stück Eis einverleibt, so der Anspruch. Was das Bündnis angeht wäre die
325 Durchsetzung dieses Anspruchs die Aufkündigung der NATO. Denn die NATO ist eine Allianz, die sich wechselseitig verspricht, sich in Militärangelegenheiten zu unterstützen und nicht gegeneinander Krieg zu führen. Der Anspruch bleibt bestehen, aber die Konfrontation so voranzutreiben, dass das tatsächlich die Aufkündigung der NATO bedeuten würde, das behält sich Trump bislang vor.

330 — *Das verlogene, bislang gepflegte Selbstverständnis der NATO, dass die USA primus inter pares wären, ist aufgehoben. Trump besteht darauf, dass die USA die überlegene Macht innerhalb dieses Militärbündnisses sind. Alle Verbindlichkeiten, die eine Gleichheit zwischen den NATO-Partnern unterstellen, in der die Allianz ihren Bestand hätte, sind damit gekündigt.*

335 Das ist die Klarstellung, die mit seinem Anspruch auf Grönland erfolgt ist.

*

— *Aus den Rubio-Zitaten (S. 69ff) geht gar nicht so sehr hervor, dass er **Europa** Vorschriften machen will. Vielmehr redet er über die globale Zivilisation und darüber, dass Europa ihm dahingehend Sorgen bereite: Nach der Niederringung der SU seien die
340 Europäer der Auffassung, die Weltordnung solle von internationalen Institutionen und deren Regelwerken bestimmt sein. Das hält Rubio für eine törichte Idee.*

Das eine sind die Differenzen zwischen den USA und der EU. Das andere ist, wie Rubio hier positiv den *Inhalt* der transatlantischen Freundschaft bestimmt. Dem widmet er lange Ausführungen. Diese Verbundenheit fasst er als die gemeinsame Zivilisation der
345 maßgeblichen und erfolgreichen Herrenmenschen auf der Welt. Daraus leitet er seine Sorge um Europa ab: Europa habe vergessen, wofür diese zivilisatorischen gemeinsamen Werte stehen, damit verstoße es gegen das gemeinsame historische Erbe.

— *Dieses traditionsreiche historische Erbe besteht laut Rubio in einer 500-jährigen kämpferischen und siegreichen Unterwerfung minderwertiger Völker auf dem Globus, Stichwort "manifest destiny". Die Nationen hätten sich mit lobenswertem Kampfgeist dafür
350 eingesetzt, sich die Welt zuzurichten. Dagegen verstoße Europa jetzt. Im Stile eines wohlwollenden Vaters teilt Rubio den Europäern mit, dass sie, wenn sie so weitermachen, als ruhmreiche Nationen untergehen.*

— *Die „regelbasierte Weltordnung“, die nach dem Abgang der SU errichtet wurde, hält er ja für töricht, weil sie der Natur des siegreichen Herrenmenschen und den Lehren aus 5*

000 Jahren Menschheitsgeschichte widerspricht.

Das Bemerkenswerte an dieser Rubio-Rede ist die Art, *wie* er seine NATO-Partner anspricht – eben nicht als das, was sie sind, nämlich Alliierte im weltmächtigsten Militärbündnis aller Zeiten. So meint er z.B., man solle sich nicht in Diskussionen über Beiträge zum gemeinsamen Rüstungshaushalt verzetteln. Stattdessen bemüht er die Sprach-, Kultur- und Menschheitsgeschichte. Früher einmal – so das ausgemalte Bild – seien sich Amerika und Europa einig in ihrem Selbstverständnis gewesen, dass der Erfolg der eigenen Nation und deren weltweite Durchsetzung das höchste und mit allen Mitteln verteidigungswerte Gut seien. Das habe Europa aufgegeben. So *konstruiert* er eine Gemeinsamkeit, um den Vorwurf zu lancieren, die Europäer würden sich an sich selbst vergehen, nämlich an dem, was sie doch eigentlich im Kern ausmache und mit Amerika verbinde. Das ist nicht misszuverstehen als Auskunft über eine Gleichrangigkeit zwischen den USA und Europa, sondern als Anspruch an die Europäer: Weil doch eigentlich Völker vom gleichen Blut, hätten sie anzuerkennen, dass Amerika aufgrund seiner überlegenen Größe alles Recht der Welt hat, mit den Staaten so umzuspringen, wie es das derzeit tut.

— *Aber Rubio betont doch, Europa solle sich zurückbesinnen auf seine eigene Macht. Eine Forderung nach Unterwerfung unter die USA kommt in den Zitaten gar nicht vor.*

Hier muss man die unterschiedlichen Ebenen in der Ansprache an die Bündnispartner festhalten. Rubios diplomatische Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz ist keine objektive Bestandsaufnahme mit der Zielrichtung, darüber zu urteilen, wie die europäischen Bündnispartner derzeit tatsächlich dastehen und was sie jeweils vermögen oder auch nicht. Er spricht über ein *falsches* Selbstverständnis, das in Europa eingerissen sei: Statt sich um die Durchsetzung eigener nationaler Interessen gegen den Rest der Welt zu kümmern, propagieren die Europäer die Unterordnung unter eine internationale Weltgemeinschaft mit ihren zahlreichen internationalen Institutionen und Reglements und negieren damit ihren weltgeschichtlich und naturgegebenen nationalen Kern. Diesem *Ungeist* soll Europa abschwören, dann könnten sie auch wieder Partner der USA werden. Darin ist die Vorstellung enthalten, dass Amerika als die stärkste Nation auf der Welt selbstverständlich das Recht hat, alles, was es sich vornimmt, durchzusetzen. Das gesteht er auch anderen Nationen gemäß ihrer jeweiligen Machtpotenzen zu, weil und insofern keine an das Gewaltkaliber Amerikas heranreicht. Diesen wahren nationalen Geist sehen die USA bei der AfD und einigen EU-Ländern vertreten, weshalb sie diese entsprechend unterstützen.

— *Mit der Unterstützung von AfD und Orban etc. betreibt Amerika die Entfesselung des nationalen Egoismus der EU-Staaten, also die Zersetzung der Einheit der EU.*

In diesem Sinn steht ja das gesamte EU-Bündnis als Paradebeispiel für den in Europa herrschenden Ungeist: die Unterordnung nationaler Interessen unter ein supranationales Subjekt.

— *Dazu heißt es auf S. 72.: „Mit einem solchen brüderlichen Kollektiv, das keinen höheren Wert als den der Nation kennt und sich seines Rechts auf Dominanz über andere, subalterne Völker bewusst ist, kann die MAGA-Regierung allemal etwas anfangen. Dessen Mitgliedern würde jedenfalls nie einfallen, dass sie ein Recht auf Beistand der stärksten Nation unter ihnen hätten; ihr Nationalstolz würde es nie zulassen, dass sie der Übermacht der USA zur Last fallen“. Staaten sollen also einerseits für ihre Interessen kämpfen. Andererseits aber ist das Kräfteverhältnis zwischen den Staaten dermaßen entschieden, dass die USA als „Macht eines zur Weltherrschaft berechtigten Herrenvolks“ (S. 73 o.) das Recht haben, alles durchzusetzen, was sie auf die Tagesordnung setzen.*

Rubios Rede stellt einen Affront gegen die EU dar: Wenn er von Europa redet, dann immer nur von starken europäischen Einzelstaaten, die als solche im Bündnis mit den USA stehen. Das Bündnis EU kommt bei ihm gar nicht vor.

— *Es bleibt ein logischer Kopfstand, den Rubio verkündet: Einerseits sollen sich die Staaten auf ihre nationalen Interessen besinnen und sie knallhart gegen den Rest der Welt durchsetzen, gleichzeitig sollen dieselben Staaten anerkennen, dass das Recht des Stärkeren,*

nämlich das der USA, gilt, das sie anzuerkennen und dem sie sich zu fügen haben.

410 — *Für Rubio ist das kein Widerspruch. Er propagiert den Konkurrenzkampf zwischen den Nationen auf der Grundlage, dass diese Konkurrenz in Hinblick auf Amerika definitiv entschieden ist. Amerika steht jenseits und oberhalb dieses Konkurrenzkampfs, das haben alle anderen zu akzeptieren.*

415 Ein logischer Widerspruch bleibt es: Es soll den nationalen Gesichtspunkten am besten gedient sein, wenn man die Interessen der USA anerkennt. Trump geht damit so um, dass er praktisch klarmacht, dass die Staaten keine andere Chance haben. Er erzwingt die Unterordnung im Zweifelsfall mit seinen Machtmitteln. Aber das ist die Sphäre der Realpolitik und damit eine andere Ebene als die hier besprochene Argumentation von Rubio.

*

420 Beim nächsten Termin am **29. Juni 2026** wird der Artikel „Frieden durch Krieg im Nahen Osten“ aus dem neuen GS 2-26 besprochen.